

## 1. Vorbemerkungen

Nach § 6 der Gemeindehaushaltskassenverordnung (GemHKVO) und den hierzu ergangenen Verwaltungsvorschriften ist im Vorbericht ein Überblick über den Stand und die Entwicklung der Haushaltswirtschaft zu geben.

## 2. Rückblick auf die Haushaltswirtschaft 2007

Das Abschlußergebnis des Jahres 2007 stellt sich wie folgt dar:

	Haushaltssoll	Rechn.ergebnis	Vergleich	Vergleich in Prozent
<b>Verwaltungshaushalt</b>				
Einnahmen	40.004.900,00	38.539.535,47	-1.465.364,53	-3,66%
Ausgaben	42.505.100,00	40.853.642,31	-1.651.457,69	-3,89%
Überschuss/Fehlbetrag	-2.500.200,00	-2.314.106,84	186.093,16	
<b>Vermögenshaushalt</b>				
Einnahmen	8.030.100,00	5.789.236,32	-2.240.863,68	-27,91%
Ausgaben	8.030.100,00	5.789.236,32	-2.240.863,68	-27,91%
Überschuss/Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00	

\* Das **Rechnungsergebnis** setzt sich wie folgt zusammen:

Anordnungssoll
+ neue Haushaltsreste
./. Abgang auf alte Haushaltsreste (Vorjahr)
./. Abgang auf alte Kassenreste (Vorjahr)
= <b>bereinigtes Soll = Rechnungsergebnis</b>

Zunächst konnte dem Rat der Stadt Nordenham ein ausgeglichener Haushalt 2007 vorgelegt werden und aufgrund der erwarteten Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer auf die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes verzichtet werden. Aber wiederum spielte die Gewerbesteuer die Hauptrolle bei der Aufstellung des Haushaltes 2007 und noch bevor die Aufsichtsbehörde den Haushalt genehmigen konnte, mußte aufgrund der korrigierten Gewinnermittlungen bei der Gewerbesteuer einiger Großfirmen ein Nachtrag aufgestellt werden. Die Einnahmeerwartung verminderte sich um 13,2 Mio €!

Besonders kritisch bewertete die Aufsichtsbehörde im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zum 1. Nachtragshaushalt 2007 die Verschuldung der Stadt Nordenham.

Es wurde eindringlich darauf hingewiesen, dass angesichts steigender Zinssätze weitere Kreditaufnahmen über die Nettokreditaufnahme hinaus problematisch anzusehen sind.

Weiterhin wurde die Verwendung der Rücklagenmittel zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes gerügt. Hierzu ist jedoch anzumerken, dass die im Jahre 2006 erfolgte Rücklagenzuführung in Höhe von 1,6 Mio € nur durch erhöhte Gewerbesteuervorauszahlungen ermöglicht wurden, die im Jahre 2007 wieder korrigiert wurden. Bei einer richtigen und rechtzeitigen steuerlichen Beurteilung der beteiligten Firmen hätte es also gar nicht zu einer entsprechenden Rücklagenzuführung kommen dürfen. Daher erfolgte durch die Entnahme im Nachtrag lediglich eine haushaltsrechtliche Korrektur der Rücklagenzuführung, um den Verwaltungshaushalt zu entlasten.

Kritisiert wurde auch die zur Zeit der guten Gewerbesteuereinnahmen beschlossene Minderung der Kindergartengebühren. Die Aufstellung eines konkreten Haushaltssicherungskonzeptes für das Jahr 2008 wurde angemahnt.

Auf die Rücklagenentnahme in Höhe von 1,6 Mio Euro zugunsten des Haushaltsausgleiches im Verwaltungshaushalt wurde verzichtet, was gegenüber den Planzahlen im Vermögenshaushalt und im Verwaltungshaushalt zu Abweichungen im Ergebnis geführt hat. Trotz dieser "Mindereinnahme" des Verwaltungshaushaltes konnte das eingeplante Fehlbetrag durch Einsparungen und Erzielung von Mehreinnahmen noch um rd. 186.000 € unterschritten werden:

Bezogen auf die Einzelpläne des Verwaltungshaushaltes ergab sich folgende Entwicklung:

<b>a. Einnahmen:</b>	Haushaltssoll	Rechnungsergebnis	Mindereinnahmen	Mehreinnahmen	
Einzelplan 0	203.600,00	230.042,69		26.442,69	
Einzelplan 1	233.100,00	322.594,09		89.494,09	
Einzelplan 2	627.300,00	933.099,48		305.799,48	
Einzelplan 3	42.600,00	54.478,23		11.878,23	
Einzelplan 4	1.497.900,00	1.635.720,44		137.820,44	
Einzelplan 5	455.100,00	431.798,00	-23.302,00		
Einzelplan 6	748.000,00	748.289,38		289,38	
Einzelplan 7	3.336.100,00	3.295.192,20	-40.907,80		
Einzelplan 8	2.134.700,00	2.163.520,39		28.820,39	
Einzelplan 9	30.726.500,00	28.724.800,57	-2.001.699,43		
<b>SUMME</b>	<b>40.004.900,00</b>	<b>38.539.535,47</b>	<b>-2.065.909,23</b>	<b>600.544,70</b>	<b>-1.465.364,53</b>
<b>b. Ausgaben:</b>	Haushaltssoll	Rechnungsergebnis	Minderausgaben	Meherausgaben	
Einzelplan 0	3.305.200,00	3.135.914,84	-169.285,16		
Einzelplan 1	892.500,00	986.889,54		94.389,54	
Einzelplan 2	2.531.400,00	2.405.653,47	-125.746,53		
Einzelplan 3	490.900,00	480.914,06	-9.985,94		
Einzelplan 4	5.370.300,00	4.970.919,45	-399.380,55		
Einzelplan 5	1.891.000,00	1.674.985,37	-216.014,63		
Einzelplan 6	4.814.700,00	4.430.529,72	-384.170,28		
Einzelplan 7	4.267.600,00	4.130.440,05	-137.159,95		
Einzelplan 8	635.300,00	652.804,70		17.504,70	
Einzelplan 9	18.306.200,00	17.984.591,11	-321.608,89		
<b>SUMME</b>	<b>42.505.100,00</b>	<b>40.853.642,31</b>	<b>-1.763.351,93</b>	<b>111.894,24</b>	<b>-1.651.457,69</b>
<b>c. Saldo</b>	<b>2.500.200,00</b>	<b>2.314.106,84</b>			<b>-186.093,16</b>

Bezüglich der Einnahme- und Ausgabearten sieht das Ergebnis des Jahre 2007 folgendermaßen aus:

## a. Einnahmen

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltssoll	Rechn.ergebnis	Differenz
000, 001	Grundsteuer	4.066.700,00	4.054.256,71	-12.443,29
003	Gewerbesteuer	15.000.000,00	13.527.031,20	-1.472.968,80
01	Anteile Eink.-/Umsatzsteuer	6.596.700,00	7.196.235,00	599.535,00
02-03	Sonstige Gemeindesteuern	197.400,00	187.377,00	-10.023,00
04-07	Zuweisungen / Umlagen	1.510.200,00	1.862.529,00	352.329,00
10-12	Gebühren und Entgelt	4.896.300,00	4.940.017,02	43.717,02
13-15	Einnahmen, Mieten u. Pachten	881.500,00	949.558,70	68.058,70
161	Erstattungen Land	357.900,00	299.311,96	-58.588,04
162	Erstattungen Kreis	744.700,00	1.021.595,02	276.895,02
160,163-168	Sonstige Erstattungen	375.100,00	315.874,70	-59.225,30
169	Innere Verrechnungen	118.700,00	113.404,09	-5.295,91
17	Zuweisungen	328.900,00	457.864,61	128.964,61
20	Zinseinnahmen	334.600,00	570.269,62	235.669,62
21-22	Gewinnanteile, Konzessionsabgaben	1.197.300,00	1.278.873,67	81.573,67
232	Schuldendiensthilfen	80.000,00	69.232,13	-10.767,87
24-25	Kostensersatz	0,00	9.502,67	9.502,67
26	Weitere Finanzeinnahmen	267.400,00	235.269,12	-32.130,88
27	Kalkulatorische Kosten	1.451.500,00	1.451.333,25	-166,75
28	Zuführung vom VermHH	1.600.000,00	0,00	-1.600.000,00
<b>SUMME</b>		<b>40.004.900,00</b>	<b>38.539.535,47</b>	<b>-1.465.364,53</b>

## b. Ausgaben

Gruppe	Bezeichnung	Haushaltssoll	Rechn.ergebn.	Differenz
4	Personalausgaben (ohne Baubetrieb)	10.311.300,00	10.030.775,56	-280.524,44
50-51	Unterhaltung	4.661.000,00	4.499.927,80	-161.072,20
52	Unterhaltung Einrichtung	244.200,00	219.101,32	-25.098,68
53 - 54	Mieten, Bewirtschaftung	2.579.600,00	2.225.587,96	-354.012,04
55 - 66	Fahrzeuge, Weitere Betr.ausg.	2.640.800,00	2.281.364,98	-359.435,02
67-68	Erstattung, Kalk. Kosten	1.578.600,00	1.572.880,76	-5.719,24
70 - 727	Zuweisungen Schuldend.hilfe	1.717.400,00	1.547.572,74	-169.827,26
73 -79	Jugendhilfe, sonst. soz. Leistungen	380.000,00	278.940,77	-101.059,23
80	Zinsausgaben	1.639.200,00	1.492.618,54	-146.581,46
81	Umlagen	2.881.600,00	2.617.354,00	-264.246,00
82 - 83	Zuweisungen	11.641.800,00	11.836.980,00	195.180,00
84	Sonstige Finanzausgaben	159.000,00	354.415,33	195.415,33
86	Zuführung zum VermHH	1.700.600,00	1.669.417,24	-31.182,76
877	Zinsen für äußere Kassenkredite	370.000,00	226.705,31	-143.294,69
893	Deckung Soll-Fehlbeträge Vorjahr	0,00	0,00	0,00
<b>SUMME</b>		<b>42.505.100,00</b>	<b>40.853.642,31</b>	<b>-1.651.457,69</b>
<b>c. Saldo</b>		<b>2.500.200,00</b>	<b>2.314.106,84</b>	<b>-186.093,16</b>

## 3. Überblick über die Haushaltswirtschaft des Jahres 2008

Nach den politischen Beratungen und dem Beschluss des Stadtrates über den Haushalt 2008 ergab sich folgendes Bild:

a. Verwaltungshaushalt	Ansatz 2008	Ansatz 2007	+ / -	Prozent
Einnahmen	34.692.600,00	40.004.900,00	5.312.300,00	13,28%
Ausgaben	42.858.300,00	42.505.100,00	-353.200,00	-0,83%
Überschuss/Fehlbetrag	-8.165.700,00	-2.500.200,00	-10.665.900,00	
b. Vermögenshaushalt	Ansatz 2008	Ansatz 2007	+ / -	Prozent
Einnahmen	6.920.300,00	8.030.100,00	-1.109.800,00	-13,82%
Ausgaben	6.920.300,00	8.030.100,00	-1.109.800,00	-13,82%
Überschuss/Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00	

Trotz der erwarteten und angekündigten Energiekrise konnte die Ausgabeplanung im Vergleich zu 2007 von gleichen Ansätzen ausgehen, wobei aber auch keine Einsparungen dargestellt werden konnten.

Der Bauunterhaltungsbereich ist seit Jahren auf dem unteren Stand, so dass 2008 nur die absolut notwendigsten Ausgaben für die weitere Aufrechterhaltung der Einrichtungen getätigt werden. Bei den Personalausgaben wurde der von der Verwaltung ermittelte Ansatz pauschal um 250.000€ durch die Politik gesenkt trotz der im Betreuungsbereich Kindergarten geplanten Krippenplätze und der damit geforderten Neueinstellungen.

Die große Diskrepanz ist bei der Einnahmeentwicklung sichtbar. Während in vielen Städten die Entwicklung der Gewerbesteuer positiv verläuft, reiht sich die Stadt Nordenham bei den Städten ein, die bisher (und vielleicht auch späterhin?) wegen hoher Preisschwankungen auf dem Weltmarkt und aufgrund von Währungsrisiken nicht von der allgemein guten Konjunktur der Wirtschaft in den Jahren 2007 und 2008 profitiert haben.

Der Versuch, die aufgrund der Unternehmenssteuerreform zusätzlich zu erwartenden Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer über einen höheren Hebesatz zumindest teilweise zu kompensieren, hat die Politik mit Hinweis auf die abzuwartenden Entwicklung in Nordenham mit Aufnahme im Haushalts sicherungskonzept erst einmal auf das Jahr 2009 verschoben. Andere Kommunen haben hier bereits der Tatsache Rechnung getragen, dass durch die Reform eine Neutralität bezüglich der Belastung durch die Gewerbesteuer bei einem Hebesatz von

380 % ausgerechnet wurde. Beachtlich ist, dass viele Nordenhamer Betriebe Erweiterungen planen und im Jahre 2008 auch durch zusätzliche Gewerbeflächen realisiert haben oder noch realisieren werden. Hier bleibt aber abzuwarten, ob sich diese Investitionen ertrags- und steuerwirksam positiv auswirken.

In allen vorhanden Gewerbegebieten kam es zu Grundstücksverkäufen sowohl für mittelständische Betriebe als auch für Industriebetriebe. Es sind rund 160.000 m<sup>2</sup> Gewerbeflächen veräußert worden.

Die Aufsichtsbehörde hat auf die vorgelegten Haushaltszahlen mit kritischen Anmerkungen reagiert und die Erhöhung der Kassenkreditaufnahme auf 15 Mio € unter folgender Maßgabe genehmigt:

"Die in den Hauptgruppen 4 "Personalkosten", den Gruppen 50 - 56 "Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand" und in den Gruppen 57 - 661 "Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben, Geschäftsausgaben..." des Verwaltungshaushaltes eingestellten Ansätze sind um insgesamt 1.000.000,00€ zu senken."

Die Umsetzung dieser Maßgabe erfolgte durch die Anordnung über die Haushaltssperre vom 12.06.2008, in der für einzelne Ausgabegruppen teilweise feste Beträge bzw. pauschale Prozentsätze gesperrt wurden.

Die im Rahmen der vor der Genehmigung erfolgten Anhörung geforderte Rücknahme der Senkung der Kindergartengebühren hat der Stadtrat durch Satzungsänderung Folge geleistet.

Die Aufsichtsbehörde hat in dem Genehmigungsschreiben deutlich gemacht, dass nicht alle Sparmöglichkeiten konsequent ausgenutzt und auch die Einnahmepotentiale nicht ausgeschöpft wurden.

Das Haushaltssicherungskonzept würde keine Maßnahmen erkennen lassen, die in Zukunft nachhaltig zu einer Entlastung des Verwaltungshaushaltes führen. Für einen Haushaltsausgleich wären weitaus höhere Gewerbesteuererinnahmen erforderlich. Durch die erhöhten Kassenkredite zur Erfüllung der Aufgaben würden vermehrt Kassenkreditzinsen fällig, die die Handlungsmöglichkeiten der Stadt immer weiter einengen würden.

---

## 4. Ausblick auf die Haushaltswirtschaft des Jahres 2009

Am 11.11.2008 hat die Verwaltung den Fraktionen einen Entwurf des ersten Produkthaushaltes 2009 vorgelegt.

In seinem Anschreiben an die Fraktionen hat der Bürgermeister deutlich gemacht, dass die Stadt Nordenham trotz einiger Konsolidierungsmaßnahmen unter anderem auch durch Einsparungen im gehobenen/höheren Dienst weit davon entfernt ist, einen Haushaltsausgleich erreichen zu können. Diese sei auch auf sich abzeichnende Gewerbesteuerausfälle zurückzuführen. Weiterhin wird der Haushalt wie folgt eingebracht:

"Zur Sicherung der überdurchschnittlich komfortablen Angebotsstruktur der Stadt Nordenham in diversen kommunalen Einrichtungen bedarf es daher einer nachhaltigen Verbesserung der Einnahmesituation sowie einer nachhaltig wirkenden Optimierung aller Kostenstrukturen. Der Haushaltsentwurf 2009 enthält entsprechende **Zukunftsinvestitionen** mit einem entsprechend hohen Fremdfinanzierungsanteil, um schwerpunktmäßig in den nachstehend aufgeführten Bereichen für die künftigen Haushalte wirtschaftliche Verbesserungen erreichen zu können:

### 1. Energetische Sanierung aller städtischen Gebäude

Ziel: Halbierung der Energieverbräuche

### 2. Schaffung einer zukunftsorientierten Wirtschafts- und Infrastruktur

Ziel: Betriebsansiedlungen und -erweiterungen, Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, Mehreinnahmen bei den Grundsteuern, Gewerbesteuern, Finanzzuweisungen aus den Einkommensteueranteilen, Erhöhung der Kaufkraft etc.

### 3. Bildung eines kommunalen Grundstücks- und Immobilien-Pools

Ziel: Verbesserung der Reaktionsfähigkeit am Immobilienmarkt zwecks Sicherung geeigneter Flächen für Wirtschafts- und Gewerbeimmobilien, Optimierung der Handlungsfähigkeit bei wirtschaftsfördernden Maßnahmen, Verkürzung der Entscheidungsprozesse

Die in den vorgenannten Bereichen geplanten Investitionen und Darlehensaufnahmen sind keine "verlorenen Geldmittel", sondern zeichnen sich wie bei den Gebührenhaushalten aus durch Rentabilität und durch mittelfristige Kapitalrückflüsse bei der Vermarktung von Wirtschafts- und Gewerbeflächen."

Nach Beratung des Verwaltungsentwurfes und der von den Fraktionen eingebrachten Änderungsanträge ist über den Haushalt 2009 wie folgt entschieden worden:

<b>A</b>	<b>Ergebnishaushalt</b>	
	Ertrag	35.889.000,00
	Aufwand	41.778.650,00
	Überschuss/Fehlbetrag	-5.889.650,00
	<u>davon:</u>	
	Ordentliche Erträge	35.864.000,00
	Ordentliche Aufwendungen	41.778.650,00
	Ergebnis (Überschuss/Fehlbetrag)	-5.914.650,00
	Außerordentliche Erträge	25.000,00
	Außerordentliche Aufwendungen	0,00
Ergebnis (Überschuss/Fehlbetrag)	25.000,00	
<b>B</b>	<b>Finanzhaushalt</b>	
	Einzahlungen	45.889.500,00
	Auszahlungen	51.400.450,00
	Saldo (Überschuss/Fehlbetrag)	-5.510.950,00
	<u>davon:</u>	
	Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	34.974.300,00
	Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	39.262.550,00
	Saldo	-4.288.250,00
	Einzahlungen für Investitionstätigkeit	3.442.000,00
	Auszahlungen für Investitionstätigkeit	10.530.200,00
	Saldo	-7.088.200,00
	Einzahlung für Finanzierungstätigkeit	7.473.200,00
	Auszahlung für Finanzierungstätigkeit	1.607.700,00
Saldo	5.865.500,00	

## A Ergebnishaushalt

### 1 Bei den Erträgen sind folgende Zahlen erwähnenswert:

Bezeichnung	2009	2008	Vergleich
Steuern und Abgaben	20.871.300	21.763.000	-891.700,00
davon Grundsteuer A	147.500,00	146.200,00	1.300,00
Grundsteuer B	3.920.100,00	3.920.100,00	0,00
Gewerbesteuer	8.440.100,00	9.800.000,00	-1.359.900,00
Gemeindeanteil a.d. Eink. Steuer	6.934.000,00	6.506.100,00	427.900,00
Gemeindeanteil a.d. Ums. Steuer	1.234.200,00	1.200.800,00	33.400,00
Zuwendungen und Umlagen	4.871.800,00	2.436.900,00	2.434.900,00
davon Schlüsselzuweisungen	2.358.000,00	0,00	2.358.000,00
Zuweisungen Land	1.316.400,00	1.339.100,00	-22.700,00
Zuweisungen von Gemeinden	1.197.200,00	1.096.800,00	100.400,00
Auflösungserträge aus Sonderposten	1.090.000,00	0,00	1.090.000,00
Öffentlich-rechtliche Gebühren	4.552.900,00	4.459.100,00	93.800,00
Privatrechtliche Entgelte	594.500,00	657.300,00	-62.800,00
Kostenerstattungen und -umlagen	1.914.600,00	1.667.000,00	247.600,00
sonstige ordentliche Erträge	1.414.700,00	1.251.500,00	163.200,00
davon Konzessionsabgaben	1.170.200,00	1.170.200,00	0,00

## Erläuterungen zu einzelnen Erträgen:

### 1. Grundsteuer A und B

Eine Anhebung der Hebesätze bei den Grundsteuern ist nicht geplant. Der Hebsatz ist zuletzt im Jahre 2001 auf 320 % festgesetzt worden.

Die Erhöhung der Einnahmeerwartung bei der Grundsteuer B hängt im Wesentlichen mit der Bautätigkeit in Nordenham zusammen, aber auch mit den Neubewertungen des Finanzamtes u.a. bei einem Eigentumswechsel.

### 2. Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer bleibt in Nordenham eine schwer kalkulierbare Variable auf der Ertragsseite. Die Entwicklung der Rohstoffpreise, der schwankende Dollarkurs, die internationale Finanzkrise und die Unternehmenssteuerreform haben die ehemals positiven Einschätzungen rasch revidiert:

Nach der Bescheidlage der Finanzämter ist mit einem Aufkommen bei der Gewerbesteuer in Höhe von 8,4 Mio € zu rechnen, wobei das Risiko auf weitere Anpassungen aufgrund der Unternehmenssteuerreform und die Möglichkeit auf Nachzahlungen sich wohl in Waage halten werden. Der Rat hatte in seiner Haushaltskonsolidierung 2008 eine Anhebung des Hebesatzes nicht ausgeschlossen. Die bisherige Tatsache, dass die Konjunktur in Nordenham sich häufig gegenläufig zu anderen Kommunen entwickelt, rechtfertigt dennoch keine Haushaltsplanung auf Hoffnungsbasis. Auch für das Jahr 2009 wurde eine Anhebung des Hebesatzes nach kontroverser Diskussion nicht beschlossen.

Die Anhebung des seit 1980 gültigen Hebesatzes hätte folgende Auswirkungen:

		Ansatz	+/-
380%	=	8.440.100,00	
400%	=	8.884.300,00	444.200,00
420%	=	9.328.500,00	444.200,00

### 3. Einkommensteuer- und Umsatzsteueranteile

Die Anteile bei der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer für die Stadt Nordenham sind aufgrund der mittelfristigen Steuerschätzung angepaßt worden. Die Anteile aus der Einkommensteuer steigen um rd. 400.000€.

### 4. Zuwendungen und Umlagen

Da die Gewerbesteuereinnahmen der Stadt in den letzten zwei Jahren teils drastisch zurückgegangen sind, sind Schlüsselzuweisungen durch das Land wieder zu erwarten.

Die hier verbuchten Zuschüsse sind hauptsächlich im Bereich der Kindergärten angesiedelt. Neben dem bisher schon gezahlten Zuschuß erfolgt durch das Land ein Ausgleich für das beitragsfreie Kindergartenjahr. Der Landkreis Wesermarsch zahlt ebenfalls einen Zuschuß als Ergebnis der im vorletzten Jahr verhandelten Kündigung der Kommunen bezüglich der Kindergartenbetreuung. Als Verhandlungsergebnis wurde aber auch vereinbart, dass 50 % der Kreiszuschusses über eine Erhöhung der Kreisumlage finanziert wird. Für 2008 fand diese Regelung bereits Anwendung.

### 5. Auflösungserträge aus Sonderposten

Die Auflösungserträge aus Sonderposten sind eine neue Ertragsposition. Hierbei handelt es sich um erhaltene Zuschüsse, Beiträge für Kanalbau- und Straßenbaumaßnahmen, für Straßenausbaumaßnahmen oder für Zuwendungen Dritter für Investitionen in der Vergangenheit. Diese Sonderposten sind entsprechend der damit finanzierten Investitionsgüter abzuschreiben, also als Ertrag aufzulösen.

### 6. Öffentlichrechtliche Gebühren

Die wichtigste Position in diesem Bereich stellen die Kanalbenutzungsgebühren dar.

Die Gebühren für die Benutzung der öffentlichen zentralen Abwassereinrichtungen bleiben gegenüber dem Vorjahr unverändert und weisen im Vergleich zu anderen Kommunen eine sehr günstige Struktur auf.

	Gebühr	Gesamtaufkommen
a. Schmutzwassergebühr	1,66 €/m <sup>3</sup>	2.219.200,00
b. Niederschlagswasser Haushalte	0,36 €/m <sup>2</sup>	445.500,00
c. Niederschlagswasser Straßen	0,36 €/m <sup>2</sup>	308.700,00

Auch bezüglich der Straßenreinigungsgebühr in der Fußgängerzone ist eine Änderung der Gebühr nicht erfolgt.  
Die Gebühren stellen sich wie folgt dar:

Reinigungsklasse I	19,08 €/lfd. Meter
Reinigungsklasse II	8,84 €/lfd. Meter

## 7. Privatrechtliche Entgelte

Der Gutachterausschuß des Landkreises Wesermarsch hat den Auftrag erhalten, die Mieten und Pachten der im Stadtgebiet vorhandenen Kleingartenanlagen zu untersuchen. Das Ergebnis liegt der Verwaltung bereits vor und wird im Laufe des Jahres 2009 vorgestellt werden. Ob daraus Pachtanpassungen resultieren werden, kann zurzeit nicht beurteilt werden. Die aktuell gültigen Pachten sind vor 20 Jahren festgesetzt worden.

## 8. Kostenerstattungen

Hier werden Erstattungen von Dritten für Aufwendungen gebucht. Unter anderem werden Kostenerstattungen des Landkreises für die Nutzung der städtischen Gebäude, Sportanlagen und Kreisstraßen gezahlt.

## 9. Sonstige ordentliche Erträge

Hierzu zählen insbesondere die Erträge aus Konzessionsabgaben aus Strom und Gas.

## 2 bei den Aufwendungen sind folgende Positionen erwähnenswert:

Bezeichnung		2009
Personalaufwendungen		12.693.100,00
Versorgungsaufwendungen (Passiv Beschäftigte)		0,00
Sach- und Dienstleistungen		6.959.400,00
davon		
Gebäudeunterhaltung	857.300,00	
Unterhaltung unbeweglichen Verm.	1.422.800,00	
Unterhaltung bewegliches Verm.	683.300,00	
Mieten, Pachten und Erbbauzins	151.200,00	
Leasing	50.500,00	
Bewirtschaftung der Grundstücke	1.752.600,00	
Haltung von Fahrzeugen	282.400,00	
Besondere Aufwendungen	108.700,00	
Geschäftsausgaben	1.544.500,00	
Erwerb von Vorräten	60.800,00	
Aufwendungen für sonstige	26.000,00	
Abschreibungen		2.895.000,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		1.864.600,00
Transferaufwendungen		16.069.350,00
davon		
Zuweisungen und Zuschüsse	1.763.450,00	
sonstige soziale Leistungen	520.000,00	
Gewerbesteuerumlage	1.488.200,00	
allgemeine Umlagen an Gemeinden	12.297.700,00	
sonstige ordentliche Aufwendungen		1.297.200,00
davon		
ehrenamtliche und sonstige Tätigk.	168.000,00	
Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	145.700,00	
Geschäftsaufwendungen	528.600,00	
Steuern Versicherungen Schaden	220.500,00	
Erstattungen	210.000,00	

## Erläuterungen zu den Aufwendungen

Ein direkter Vergleich zu den bisherigen Haushaltsansätzen in der kameralistischen Sichtweise ist aufgrund der gesetzlich vorgegebenen Sachkonten in den Produkten und der damit verbundenen Neuordnung der Kontenstruktur teilweise auf mehrere Konten nicht bzw. nur in eingeschränktem Maße

möglich.

Beispielsweise sind bisher als Verbrauchsgegenstand betrachtete Geräte mit einem Wert unter 410 Euro nunmehr ab 150 Euro bis zu 1.000 Euro einem sogenannten Sammelkonto zuzuordnen. Die in diesem Sammelkonto erfassten Gegenstände werden pauschal innerhalb von fünf Jahren abgeschrieben. Die somit erreichte Verwaltungsvereinfachung bei der Erfassung und Abschreibung ist beachtlich. Da diese Gegenstände bisher in der Position -52000 gebucht waren, ist ein Vergleich in dieser Ausgabeart nicht mehr möglich.

## 1. Personalaufwendungen

Bei den Personalausgaben und deren Entwicklung ist in jedem Jahr festzustellen, dass eine kontinuierliche Betrachtung und ein Vergleich der Ausgabeansätze durch Umstrukturierungen und Umorganisationen in der Vergangenheit fast nicht möglich ist.

Durch die Umstellung auf die Doppik ist in diesem Jahr der Baubetrieb wieder in die städtische Rechnungslegung integriert, so dass ebenfalls die Personalaufwendungen einzubeziehen sind.

Nach den Aufstellungen des Amtes für Personal und Organisation ergibt sich folgendes Bild:

lfd. Nr.	Produkt-Nr.	Bezeichnung	Betrag
01	11.1.002	Unternehmensleitung	314.700,00
02	11.1.003	Organisation und zentrale Dienstleistungen	265.900,00
03	11.1.004	Personalwirtschaft	591.000,00
04	11.1.005	Aus- und Fortbildung, zentrale Personalentwicklung	188.000,00
05	11.1.006	Personalvertretung	57.900,00
06	11.1.007	Arbeitssicherheit, Arbeitsmedizin und Datenschutz	36.500,00
07	11.1.008	Interkommunale Aufgaben und Projektsteuerung	7.100,00
08	11.1.009	Finanzverwaltung	161.100,00
09	11.1.010	Kassen- und Rechnungsangelegenheiten	236.400,00
10	11.1.011	Steuer- und Abgabenveranlagung	133.900,00
11	11.1.012	Liegenschaften	84.100,00
12	11.1.013	Gebäudewirtschaft	218.700,00
13	11.1.014	Rechnungsprüfung	138.500,00
14	11.1.015	IST (Informationstechnologie-Service)	272.600,00
15	11.1.016	Rechtsangelegenheiten	0,00
16	11.1.017	Gleichstellung von Frauen und Männern	30.400,00
17	11.1.018	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	13.400,00
18	12.1.001	Statistik und Wahlen	26.600,00
19	12.2.001	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	225.800,00
20	12.2.002	Märkte, Gewerbe- und Gaststättenwesen	7.300,00
21	12.2.003	Obdachlosenangelegenheiten	7.300,00
23	12.2.005	Verkehrsangelegenheiten	72.700,00
24	12.2.006	Melde- und Ausweiswesen	105.200,00
25	12.2.007	Personenstandswesen	117.000,00
26	12.6.001	Brand- und Katastrophenschutz	105.500,00
27	21.1.001	Grundschulen (GS1 - GS10)	622.800,00
28	21.6.001	Weiterführende Schulen (HS,RS,GYM)	129.800,00
29	25.2.001	Museum und Stadtarchiv	6.400,00
30	26.1.001	Kulturelle Veranstaltungen	146.700,00
31	27.2.001	Büchereien	261.600,00
32	28.1.001	Förderung der Kultur	4.200,00
33	31.1.001	Sozialhilfe (allgemein)	28.900,00
34	31.1.002	Grundsicherung	49.600,00
35	31.3.001	Leistungen für Asylbewerber	53.400,00
36	34.6.001	Wohngeld	91.300,00
37	35.1.001	Rentenversicherungsangelegenheiten	58.800,00
38	36.2.001	Jugendparlament	11.500,00
39	36.2.002	Veranstaltungen und Projekte Dritter	47.500,00

40	36.5.001	Eigene Betreuung	2.057.000,00
41	36.5.002	Betreuung durch freie Träger	16.600,00
42	36.6.001	Spielplätze außerhalb von Schulen und Kindergärten	5.400,00
43	36.6.002	Eigene Kinder- und Jugendbetreuung	264.200,00
44	36.7.001	Familienhilfe und sonstige soziale Einrichtungen	7.300,00
45	42.1.001	Zuschüsse zur Förderung des Sports	5.600,00
46	42.4.001	Sportzentrum Nordenham	162.900,00
47	42.4.002	Sportanlage Luisenhof	117.700,00
48	42.4.003	Sportanlage Abbehausen	7.200,00
49	42.4.004	Eigene Sportplätze	8.300,00
50	42.4.005	Eigene Sport- und Turnhallen	204.200,00
51	42.2.006	Freizeitbad Störtebeker	420.000,00
52	42.4.007	Hallenbad Nord	60.600,00
54	51.1.002	Entwicklung von Bauleitplänen	167.400,00
55	51.1.004	Bauverwaltung	251.900,00
56	52.1.001	Bauordnung/Bauaufsicht	147.000,00
57	53.8.001	Bau, Unterhaltung und Betrieb von Abwasseranlagen und dgl.	665.300,00
58	54.1.001	Bau und Unterhaltung von Straßen, Wegen, Plätzen, Brücken	153.600,00
59	55.1.002	Strandgelände	51.900,00
60	55.1.003	Naherholungsgebiet Seenpark	11.700,00
61	55.1.004	Parkanlagen und Grünflächen	28.600,00
62	56.1.001	Umweltschutz	28.600,00
63	57.1.001	Bestandspflege und Entwicklung der Wirtschaft	164.200,00
64	57.3.002	Mehrzweckhaus, Bürgerräume	25.800,00
65	57.3.003	Eigene Wochenmärkte und sonstige Märkte	25.700,00
66	57.3.001	Stadthalle Friedeburg	88.200,00
67	57.3.004	Baubetrieb	2.112.800,00
Zwischensumme			12.189.800,00
zuzüglich sonstige Personalaufwendungen			
	11.1.004	Versorgungsrücklage	5.000,00
	11.1.004	Beihilfen Pensionäre	84.600,00
	11.1.004	Leistungsentgelt	70.000,00
	11.1.004	GUV	50.000,00
	11.1.004	Pensionsrückstellungen	283.700,00
	11.1.004	Altersteilzeit u. a.	10.000,00
<b>SUMME der Personalausgaben im System der Doppik</b>			<b>12.693.100,00</b>

## Vergleich zu bisherigen Personalausgaben

zuzüglich bisherige Personalausgaben

die nunmehr auf andere Sachkonten gebucht werden:

11.1.001	Ehrenamtliche - Rat	135.000 €
12.6.001	Ehrenamtliche - Feuerwehr	17.000 €
12.1.001	Wahlen - ehrenamtliche Helfer	16.000 €
11.1.007	Arbeitsmedizinischer Dienst	26.000 €

abzüglich bisher nicht enthaltene Aufwendungen

57.3.004	Baubetrieb	2.112.800,00
11.1.004	Pensionsrückstellungen	283.700,00
11.1.004	Altersteilzeit u. a.	10.000,00

**SUMME** **10.480.600,00**

Nachrichtlich: In 2008 geplante Aufwendungen 10.419.200,00  
Mehr 61.400,00

## **2. Versorgungsaufwendungen**

Durch die geänderte Haushaltssystematik sind hier zurzeit noch keine Beträge eingesetzt. Eventuell kommt es noch bei einzelnen Beträgen für Beihilfe für Pensionäre zu Verschiebungen aber nicht zu Erhöhungen der Ansätze.

## **3. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**

Im Zuge der Anpassung der Verwaltungsstruktur ist das Amt für Gebäudewirtschaft dem Gebäudemanagement zugeordnet worden. Aus diesem Grunde sind die Bewirtschaftungsmittel der einzelnen Gebäude auch auf die Produkte aufgeteilt worden. Um hier in Zukunft wieder Synergieeffekte zu erzielen, wird die Struktur ab dem Jahre 2010 dahingehend geändert, dass eine zentrale Bewirtschaftung stattfindet und alle Haushaltsmittel im Produkt "Gebäudewirtschaft" zur Verfügung gestellt werden. Eine Zuordnung der Kosten auf die einzelnen Einrichtungen wird durch die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung gewährleistet. Da weiterhin das Mieter /Vermieter - Modell zum Tragen kommt, erfolgen innerhalb der Produkte interne Leistungsverrechnungen. Das Maß und der Inhalt dieser internen Leistungsverrechnung werden im Jahre 2009 zu erarbeiten sein. Hierzu wird eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe einberufen.

Anpassungen der Strom- und Gaspreise sind unberücksichtigt, da im nächsten Jahr erhebliche finanzielle Anstrengungen im investiven Bereich, u. a. im Rathaus und in den Grundschulen Einswarden und Blexen und evtl im Hallenbad Nord, für energetische Maßnahmen unternommen werden. Es sind in den Folgejahren weitere positive Änderungen bei den Energiekosten zu erwarten. Die in den Schulen Blexen und Einswarden sowie beim Rathaus zu erwartende Einsparungen sind eingerechnet.

## **4. Abschreibungen**

Erstmals werden Abschreibungen nicht nur für den Bereich der kostendeckenden Einrichtungen (Entwässerung) veranschlagt, sondern für alle Vermögensgegenstände der Stadt Nordenham. Damit wird der Werteverzehr auch im Hinblick auf die Generationengerechtigkeit dargestellt.

Die Auflösung von Sonderposten ist oben bereits beschrieben worden. Die Differenz zwischen den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten und dem Aufwand aus den Abschreibungen wird im Ergebnishaushalt dargestellt und ist zu erwirtschaften.

## **5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen**

Die Zinslast bezieht sich auf zwei unterschiedliche Arten von Darlehen:

1. langfristige Investitionsdarlehen
2. kurzfristige Liquiditätsdarlehen

Das später noch näher zu erläuternde Investitionsprogramm sieht eine ganze Reihe von wertsteigernden Maßnahmen vor, die andererseits zu einer Neuverschuldung führen und damit die Zinslast ab dem Jahre 2010 steigern. Gegenläufig reduzieren sich hierdurch in erheblichem Maße die Energiekosten und der Unterhaltsaufwand dieser Objekte in den Folgejahren.

Aufgrund der Bankenkrise gestaltet sich eine Prognose über die Entwicklung der Liquiditätskredite problematisch. Nach der bisherigen Prognose ist ein Liquiditätskredit für 2009 in Höhe von 16 Mio€ einzuplanen. Bei einem Zinssatz von 6 % ergibt sich eine Zinsbelastung von 960.000 € jährlich.

## **6. Transferaufwendungen**

Hierunter werden Übertragungen von Ressourcen auf Dritte ohne Gegenleistungsverpflichtung verstanden. Dazu gehören Zuschüsse an Vereine, aber auch die Betriebskostenbeteiligung der Stadt an die Kindergärten der freien Träger.

Ebenfalls ist die Gewerbesteuerumlage aufgrund der Einzahlungen bei der Gewerbesteuer hierunter zu führen, als auch die Kreisumlage.

Die Bedeutung dieser beiden letztgenannten Transferaufwendungen für den städtischen Haushalt verdient eine gesonderte Betrachtung:

Bezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Planung	Planung
	2006	2007	2008	2009
Grundsteuer A	147.022	140.558	146.200	147.500
Grundsteuer B	3.856.305	3.913.698	3.920.100	3.920.100
Gewerbsteuer	20.692.830	13.527.031	9.800.000	8.440.100
Gemeindeanteil EkSt	5.304.187	6.044.562	6.506.100	6.934.000
Gemeindeanteil Ust	1.017.865	1.151.673	1.200.800	1.234.200
Schlüsselzuweisungen	3.952.033	1.205.768	0	2.688.700
<b>SUMME</b>	<b>34.970.242</b>	<b>25.983.290</b>	<b>21.573.200</b>	<b>23.364.600</b>
Gewerbsteuerumlage	3.819.632	2.617.354	1.676.300	-1.488.200
Kreisumlage /Finanzumlage	8.986.200	11.836.980	13.187.400	-12.297.700
<b>SUMME</b>	<b>12.805.832</b>	<b>14.454.334</b>	<b>14.863.700</b>	<b>-13.785.900</b>
<b>Saldo</b>	<b>22.164.410</b>	<b>11.528.956</b>	<b>6.709.500</b>	<b>9.578.700</b>

## 7. Sonstige ordentliche Aufwendungen

Wie bereits unter 1. Personalaufwendungen ausgeführt, fallen hierunter die Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige, die bisher im Sammelnachweis 1 unter Personalkosten geführt wurden.

Es sind die bisher unter dem SN 2 aufgeführten Aufwendungen enthalten und die Beteiligung der Stadt Nordenham an den Defiziten der Weserfähre.

## 8. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Erträge durch Vermögensveräußerung über dem Buchwert bzw. unter dem Buchwert sind nachzuweisen.

Außerdem sind empfangene Schadensersatzleistungen und periodenfremde Erträge und Aufwendungen hier zuzuordnen.

## 9. Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsverrechnungen

Diese Beziehungen stellen zwar nicht zahlungswirksame Vorgänge dar, sind aber in den einzelnen Produkten nachzuweisen. Zurzeit werden hauptsächlich Leistungen des Baubetriebes für andere Produkte erfasst.

Ab dem Jahre 2010 werden auch die Leistungen der Gebäudewirtschaft erfasst.

## 10. Haushaltssicherungskonzept

Das Konzept ist überarbeitet und den Hinweisen des Innenministeriums zur Aufstellung und inhaltlichen Ausgestaltung angepasst worden.

Gemäß § 82 Abs. 6 NGO ist ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden kann.

Im Haushaltssicherungskonzept ist der Zeitraum festzulegen, innerhalb dessen der Haushaltsausgleich wieder erreicht werden soll. Es sind die Maßnahmen darzustellen, durch die der ausgewiesene Fehlbedarf abgebaut und das Entstehen eines neuen Fehlbedarfs in künftigen Jahren vermieden werden soll. Das Haushaltssicherungskonzept ist spätestens mit der Haushaltssatzung vom Rat zu beschließen und der Kommunalaufsichtsbehörde mit der Haushaltssatzung vorzulegen.

Die vorgegebenen Konsolidierungsziele lauten

1. Abbau des ausgewiesenen Fehlbedarfs
2. Vermeidung eines neuen Fehlbedarfs
3. Bericht über den Erfolg der Konsolidierungsmaßnahmen

Das Haushaltssicherungskonzept ist als Anlage beigefügt, eine Übersicht über die freiwilligen Leistungen wird zuzeit erstellt. Gegenüber der Aufstellung aus dem letzten Vorbericht hat es keine nennenswerten Veränderungen gegeben.

## B Finanzhaushalt

Im Finanzhaushalt werden die Einzahlungen und Auszahlungen dargestellt.

## C Investitionsprogramm 2009

Das Investitionsprogramm wird als Anlage beigefügt.

Mit den großen Maßnahmen des Programmes werden die beschlossene Maßnahme City Süd und einige Planungen bezüglich der Straßensanierung fortgeführt. Auch im Entwässerungsbereich werden umfangreiche Maßnahmen geplant.

Der bereits angekündigte Prozess der Energieeinsparmaßnahmen wird durch die Einzelvorhaben Rathaus, Grundschule Einswarden und Grundschule Blexen begonnen. Die hierfür aufzunehmenden Darlehen sollen über ein günstiges Zinsprogramm der KfW finanziert werden und kurzfristig zu Einsparungen und damit zu der dringend erforderlichen Haushaltskonsolidierung beitragen.

Weiterhin hat sich gezeigt, dass eine Zukunftsperspektive für die Entwicklung des Industriestandortes Nordenham nur dann sichergestellt werden kann, wenn mutige Investitionen für Infrastrukturen und für Großflächen im Hinblick auf Neuansiedlungen, Betriebserweiterungen und gegebenenfalls auch Umsiedlungen getätigt werden. Dieser Weg wird aber nur dann zu beschreiten sein, wenn das Land und auch der Landkreis die Zukunftsperspektive und die Projekte durch finanzielle Unterstützung mittragen.

Eine Neuverschuldung in diesem Bereich ist dennoch unausweichlich. Rückflüsse, d.h. Darlehensrückführungen sind erst mittelfristig in abschnitten möglich. Die Investitionen sollen jedoch durch mittelfristige Vermarktung der zusätzlich erworbenen Flächen bzw. durch mittelfristig abzulösende Darlehen finanziert werden. Das Vorhaben gestaltet sich auch deshalb schwer, weil der Ergebnisplan in der mittelfristigen Betrachtung nicht ausgeglichen werden kann.

Die Darstellung im Investitionsprogramm wird zukünftig anhand von Projekten erfolgen. Hier bietet es sich an, eine Wertgrenze von 30.000,00 Euro einzurichten, wobei nur noch Projekte oberhalb dieser Grenze aufgelistet werden. Alle Projekte unterhalb dieser Grenze werden aufsummiert und als gesonderter Posten ausgewiesen. Diese Vorgehensweise ist gesetzlich gewollt; lediglich die Wertgrenze ist durch den Stadtrat zu beschließen, was auch geschehen ist.

## D Verschuldung

Die mittelfristig durch die geplanten Maßnahmen entstehende Neuverschuldung ist im Investitionsprogramm nachgewiesen. Für das Jahr 2009 sind demnach folgende Darlehensaufnahmen eingeplant:

	Betrag	Zinssatz	Laufzeit Jahre	Zinsbelastung jährlich
Nettokreditaufnahme	1.607.700,00	5,00%	30	80.385,00
Energieeinsparprogramm	1.890.000,00	2,00%	5	37.800,00
Entwässerung-Gebühr	1.372.000,00	5,00%	30	68.600,00
Gewerbeansiedlung	1.419.000,00	5,00%	5	70.950,00
zusätzliche Neuverschuldung	1.184.500,00	5,00%	30	59.225,00
<b>SUMME Neuverschuldung</b>	<b>5.865.500,00</b>			<b>316.960,00</b>
<b>Schuldenstand 31.12.2008</b>	<b>37.160.019,00</b>	<b>(voraussichtlich)</b>		
<b>Schuldenstand 31.12.2009</b>	<b>43.025.519,00</b>	<b>(voraussichtlich)</b>		

Zu berücksichtigen ist, dass es durch die Investitionen im energetischen Bereich und auch bei den Grundstückserwerben zu kurzfristigen Rückläufen kommt, da Energieeinsparungen und Unterhaltungseinsparungen erzielt werden. Die Auswirkungen werden in der mittelfristigen Finanzplanung dargestellt.

*Weitere Ausführungen zu der Verschuldung und den Rückflüssen aus den Investitionen ergeben sich aus der Anlage. Nach den geplanten Maßnahmen wird die Verschuldung bis Ende 2013 50.691.619,00 € betragen.*

*Daneben ist mit einer weiteren Darlehensaufnahme zu rechnen, da die Liquidität sichergestellt werden muß. Im kurzfristigen Bereich wird mit einer Darlehensaufnahme von 16 Mio€ bis Ende 2009 gerechnet.*

*Die nachfolgenden Tabellen und Grafiken sollen einen weiteren Überblick über den Stand und die Entwicklung der Haushaltswirtschaft ergeben.*

Nordenham, 12.01.2009  
In Vertretung

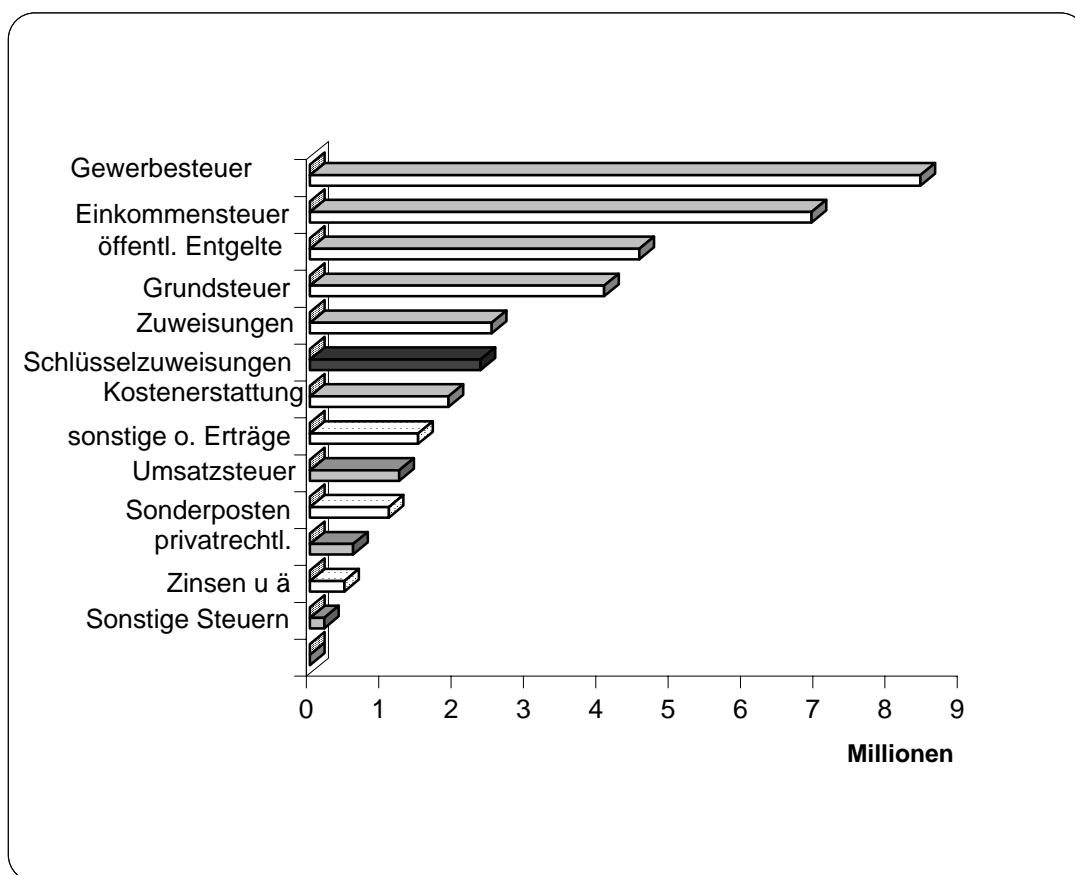
aufgestellt:  
Amt für Finanzen und Steuern

Brunßen  
Städtischer Direktor

Freese  
Stadtamtsrat

## ordentliche Erträge 2009

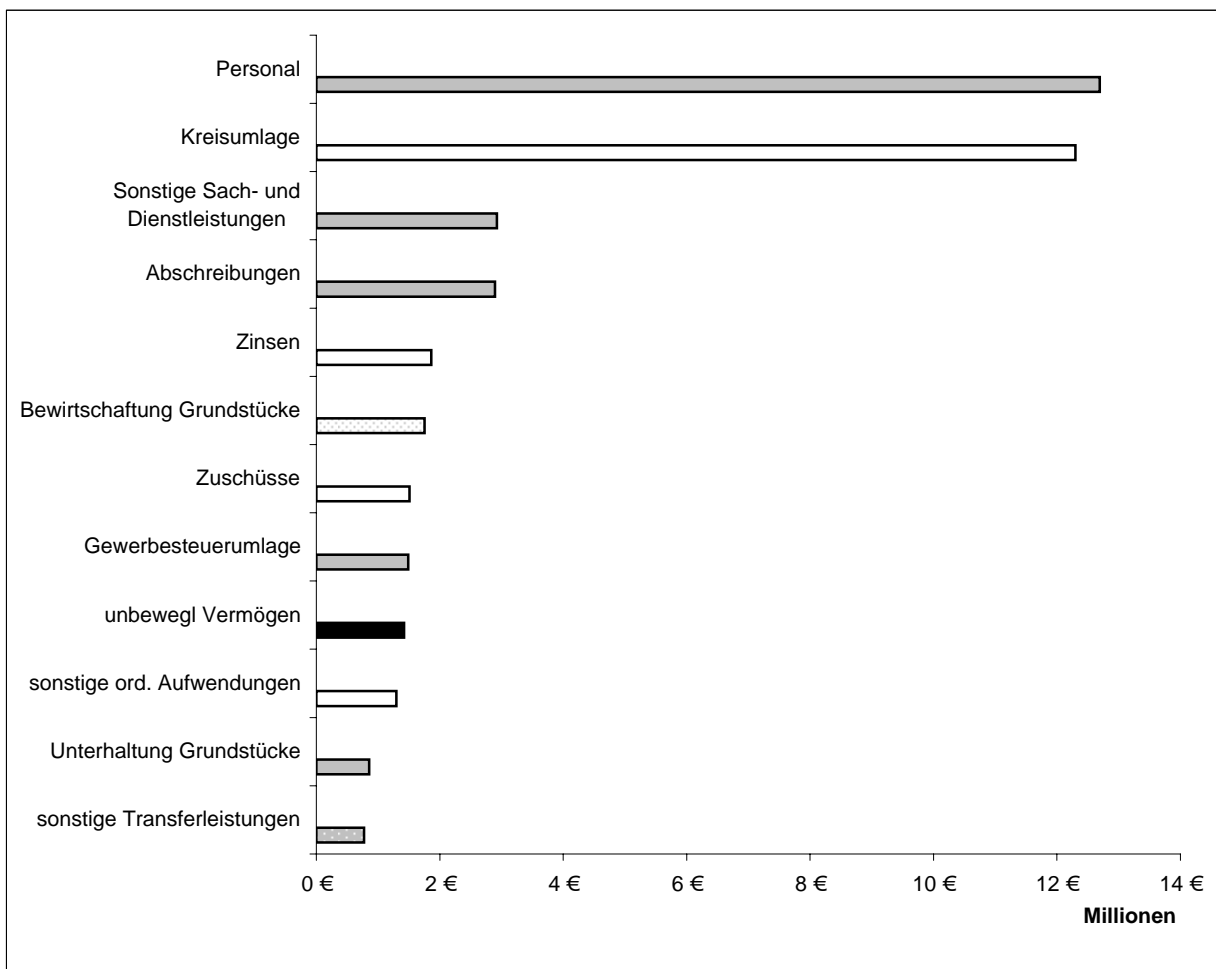
	EURO	%
Sonstige Steuern	195.400,00 €	0,54%
Zinsen u ä	474.200,00 €	1,32%
privatrechl. Entgelte	594.500,00 €	1,66%
Sonderposten	1.090.000,00 €	3,04%
Umsatzsteuer	1.234.200,00 €	3,44%
sonstige o. Erträge	1.494.700,00 €	4,17%
Kostenerstattungen	1.914.600,00 €	5,34%
Schlüsselzuweisungen	2.358.000,00 €	6,57%
Zuweisungen	2.513.800,00 €	7,01%
Grundsteuer	4.067.600,00 €	11,34%
öffentl. Entgelte	4.552.900,00 €	12,69%
Einkommensteuer	6.934.000,00 €	19,33%
Gewerbsteuer	8.440.100,00 €	23,53%
<b>Summe:</b>	<b>35.864.000,00 €</b>	<b>100,00%</b>



## ordentliche Aufwendungen

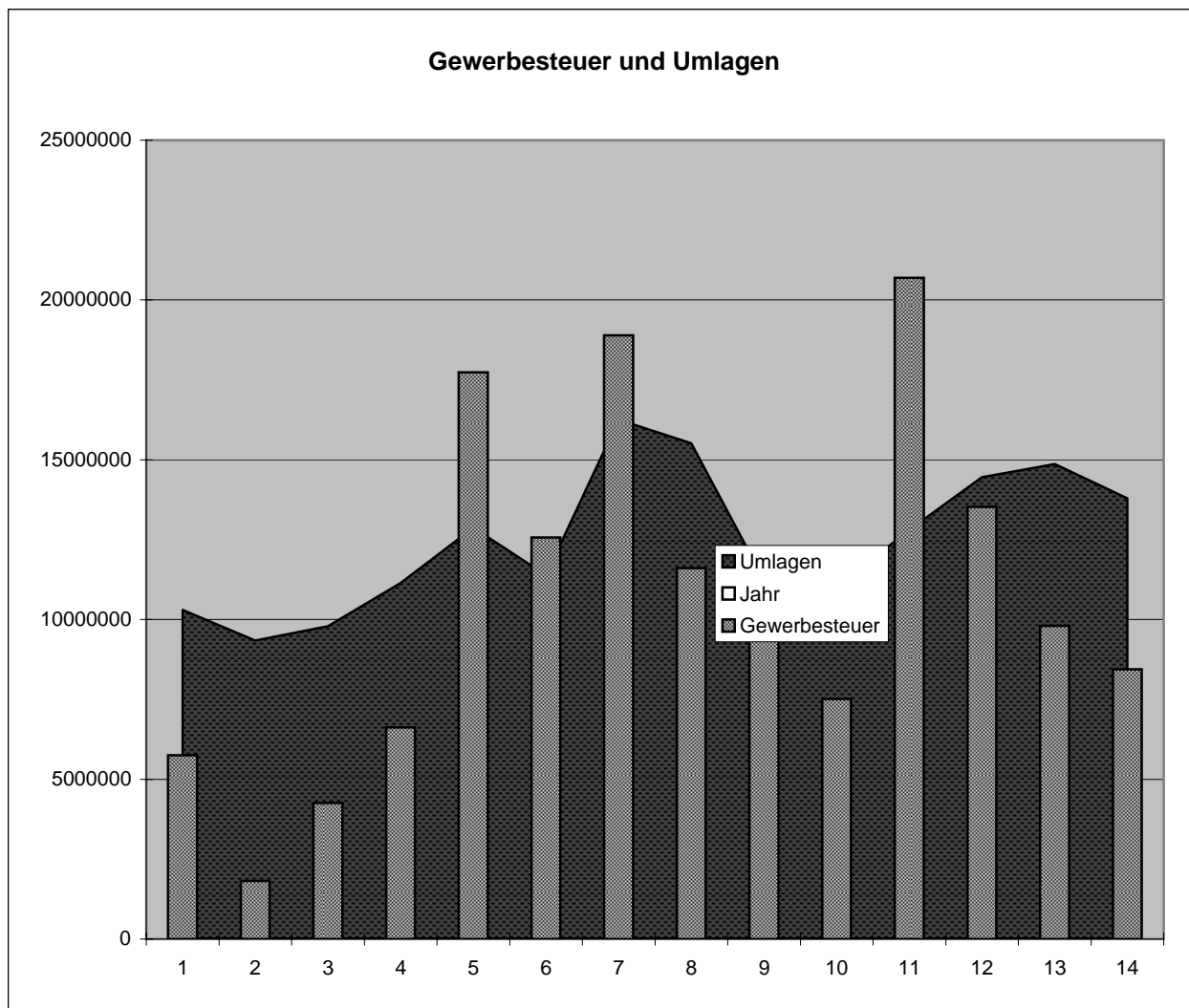
2009

Gruppe	EURO	%
sonstige Transferleistungen	772.150,00 €	1,85%
Unterhaltung Grundstücke	857.300,00 €	2,05%
sonstige ord. Aufwendungen	1.297.200,00 €	3,10%
unbewegl Vermögen	1.422.800,00 €	3,41%
Gewerbesteuerumlage	1.488.200,00 €	3,56%
Zuschüsse	1.511.300,00 €	3,62%
Bewirtschaftung Grundstücke	1.752.600,00 €	4,19%
Zinsen	1.864.600,00 €	4,46%
Abschreibungen	2.895.000,00 €	6,93%
Sonstige Sach- und Dienstleistungen	2.926.700,00 €	7,01%
Kreisumlage	12.297.700,00 €	29,44%
Personal	12.693.100,00 €	30,38%
<b>Summe</b>	<b>41.778.650,00 €</b>	<b>100,00%</b>



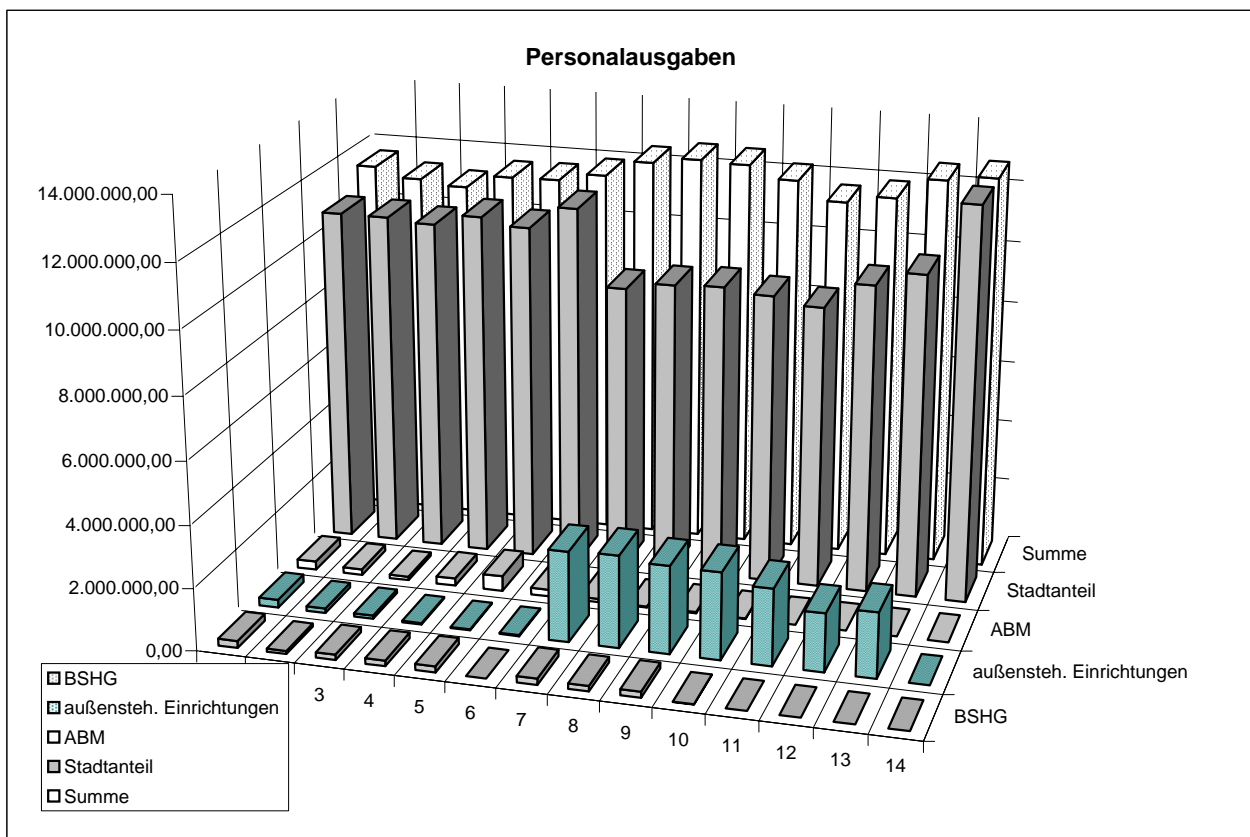
## Entwicklung der Gewerbesteuer und der Umlagen

Jahr	Nr	Umlagen	Gewerbesteuer	
1996	1	10.300.561,91	5.753.435,79	
1997	2	9.336.015,91	1.822.501,46	
1998	3	9.792.835,27	4.255.158,17	
1999	4	11.142.472,51	6.627.609,76	
2000	5	12.874.159,31	17.738.646,51	
2001	6	11.384.447,53	12.567.722,31	
2002	7	16.250.543,25	18.889.869,20	
2003	8	15.516.425,00	11.609.114,67	
2004	9	11.233.200,00	10.530.798,99	
2005	10	11.007.263,00	7.517.518,15	
2006	11	12.805.832,00	20.692.830,35	
2007	12	14.454.334,00	13.527.031,20	
2008	13	14.863.700,00	9.800.000,00	HH-Soll
2009	14	13.785.900,00	8.440.100,00	HH-Soll



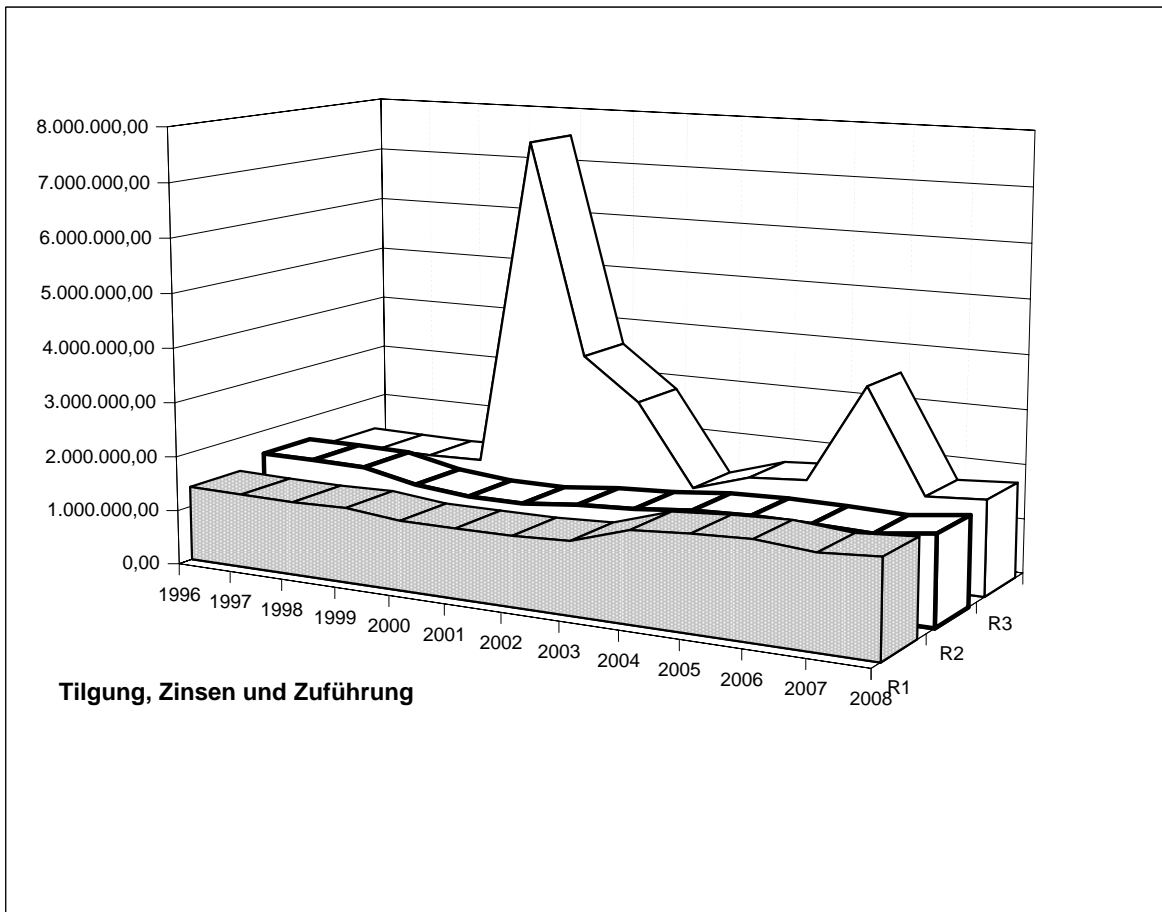
## Entwicklung der Personalausgaben

Jahr	Nr.	außensteh.		ABM	Stadtanteil	Summe	
		BSHG	Einrichtungen				
1996	1	222.969,49	249.479,94	271.732,70	10.855.259,74	11.599.441,87	
1997	2	99.466,87	153.307,48	186.774,50	10.855.316,45	11.294.865,30	
1998	3	175.482,37	105.291,40	113.536,40	10.749.465,66	11.143.775,82	
1999	4	181.042,00	47.396,81	237.141,19	11.110.801,01	11.576.381,01	
2000	5	195.773,66	32.109,13	497.026,84	10.883.506,40	11.608.416,03	
2001	6	0,00	33.584,68	218.450,66	11.617.864,14	11.869.899,48	
2002	7	203.861,03	2.916.030,17	102.159,31	9.176.690,98	12.398.741,49	
2003	8	176.830,54	2.972.496,65	31.017,77	9.422.340,41	12.602.685,37	
2004	9	190.116,62	2.825.426,79	43.825,84	9.490.768,91	12.550.138,16	
2005	10	6.815,68	2.797.978,97	13.587,24	9.346.440,95	12.164.822,84	
2006	11	0,00	2.469.843,46	0,00	9.115.177,98	11.585.021,44	
2007	12	0,00	1.880.330,86	0,00	9.953.284,30	11.833.615,16	
2008	13	0,00	2.095.900,00	0,00	10.417.200,00	12.513.100,00	HH-Soll
2009	14	0,00	0,00	0,00	12.693.100,00	12.693.100,00	HH-Soll



## Tilgungen, Zinsen und Zuführung

Jahr	1 Tilgung ohne Umschuldung	2 Zinsen	3 Zuführung zum Vermögenshaushalt	Belastung VerwHH + 2	1
1996	1.367.025,27	1.558.249,79	1.367.025,27	2.925.275,06	
1997	1.347.468,76	1.555.711,63	1.347.612,01	2.903.323,64	
1998	1.336.363,59	1.535.131,97	1.336.363,59	2.871.495,56	
1999	1.360.566,38	1.328.551,88	1.360.598,83	2.689.150,71	
2000	1.261.764,87	1.234.586,04	7.514.248,94	8.748.834,98	
2001	1.259.545,92	1.232.140,68	3.579.210,25	4.811.350,93	
2002	1.262.945,26	1.337.522,38	2.811.455,31	4.148.977,69	
2003	1.310.884,43	1.395.967,92	1.310.884,43	2.706.852,35	
2004	1.637.933,33	1.496.694,49	1.637.933,33	3.134.627,82	
2005	1.711.835,26	1.535.519,00	1.711.835,26	3.247.354,26	
2006	1.754.657,94	1.524.942,90	3.530.526,51	5.055.469,41	
2007	1.669.417,24	1.492.618,54	1.669.417,24	3.162.035,78	
2008	1.742.200,00	1.627.500,00	1.742.200,00	3.369.700,00	HH-Soll
2009	1.607.700,00	1.532.800,00	0,00	1.532.800,00	HH-Soll



# Entwicklung des Schuldenstandes seit 1996

Jahr	Nr.	EURO Gesamtschulden	davon rentierlich				SUMME
			Stadtentwässerung	Drehwippkran	Anleger	GNSG	
1996	1	26.628.803,43	10.530.163,14	1.590.117,75			12.120.280,89
1997	2	25.460.333,98	12.263.763,21	1.431.105,98			13.694.869,19
1998	3	23.865.882,52	11.616.792,36	1.272.094,20			12.888.886,56
1999	4	22.164.202,20	13.240.879,83	1.113.082,43			14.353.962,26
2000	5	22.018.256,45	11.678.222,03	954.070,65			12.632.292,68
2001	6	20.758.710,67	11.002.282,92	795.058,87		4.860.000,00	16.657.341,79
2002	7	27.680.615,42	10.470.783,78	636.047,10	3.250.000,00	4.761.047,79	19.117.878,67
2003	8	34.503.312,24	9.365.843,14	477.035,32	6.410.121,87	4.657.290,83	20.910.291,16
2004	9	36.795.378,91	9.316.477,63	318.023,55	6.155.359,39	4.548.494,92	20.338.355,49
2005	10	37.483.543,65	9.906.697,63	159.011,77	5.894.725,79	4.434.414,44	20.394.849,63
2006	11	36.969.019,46	9.167.981,63	0,00	5.627.944,79	4.314.791,71	19.110.718,13
2007	12	37.341.819,46	8.223.387,63	0,00	5.354.727,09	4.169.219,54	17.747.334,26
2008	13	36.999.019,46	7.450.566,63	0,00	5.074.769,81	4.016.919,24	16.542.255,68
2009	14	38.605.019,46	6.677.745,63	0,00	4.787.755,79	3.857.576,06	15.323.077,48

